Einzelnummer 1 K. | 3. Jahr. | # Jüdisches Volksblatt | Nr. 45 | **Abonnement** monatl. K 7.—

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 34. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages“ reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Das „Jüdische Volksblatt“ ist kein Lokalblatt, sondern als Versandzeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 3fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Dienstag, 21. VI. 1921. — 15. Siwan 5681.

Englands Palästinapolitik.

Zu der Rede, die Herbert Samuel, High Commissioner Seiner Britischen Majestät in Palästina, am Geburtstage des Königs, dem 3. Juni, gehalten hat und deren wesentlichste Teile wir bereits zum Abdrucke gebracht haben, nimmt die größte jüdische Zeitung in England, der „Jewish Chronicle“, am 10. Juni in einem Leitartikel Stellung, der betitelt ist: „Ist es das Ende?“ und folgendermassen lautet:

Es ist möglich, daß die Fassung der bemerkenswerten Ansprache, die Sir Herbert Samuel am letzten Freitag hielt, durch die Tatsache diktiert war, daß die arabische Agitation, zweifellos von verschiedenen der britischen Politik in Palästina feindlichen Interessen genährt, viel weiter verbreitet und ernster war, als die Berichte über die Ereignisse in Jaffa, die man hieher gelangen ließ, andeuteten. Es mag daher wohl die Absicht des High Commissioner gewesen sein, diese Opposition durch eine Rede zu besänftigen, welche anzudeuten schien, daß die Regierung ihre zionistische Politik aufgegeben habe und daß sie, statt das Mandat in der Absicht anzunehmen, um nach dem Ausdruck der Balfour-Deklaration ein „nationales Heim für das jüdische Volk zu schaffen“, beschlossen habe, diese Ansicht aufzugeben und Palästina als ein arabisches Land zu erhalten. Sir Herbert mag gedacht haben, wenn er so die arabische Unruhe gestillt hätte, später schon den richtigen Weg finden zu können, um seinen jüdischen Brüdern den Grund für seine araberfreundliche Rede klar zu machen. Es scheint uns, daß das eine armselige Ausrede für die verwunderliche Erklärung des High Commissioners ist. Sie würde bedeuten, daß er der arabischen Gewalt weiche und sich machtlos gegenüber dem Terror von Mord und Plünderung gezeigt habe. Eine gefährlichere Politik ist undenkbar. Ein riskanteres Mittel besonders gegenüber einem Volk wie die Araber könnte nicht ausfindig gemacht werden. Das sichere Ergebnis wären unvermeidlich weitere Forderungen und weiterer Druck unter Drohungen weiterer Unruhe. Auf diesem Wege ist die „Pax Britannica“ nicht unter den gewaltigen Massen orientalischer Völker aufrecht erhalten worden. Fürs erste ist die bleiche Farbe der Ergebung nicht in der britischen Flagge. Ferner wertet, versteht und respektiert das Volk im Osten, wie es uns erst neulich Lord Reading ins Gedächtnis rief, vor allem andern Gerechtigkeit und Korrektheit, Klarheit und Entschiedenheit. Diese Araber, denen Sir Herbert anscheinend bis zum äußersten möglichen Punkt nachgeben will, sind gerade die Leute, einer Regierung am sichersten zu mißtrauen, welche, nach ihrer Meinung, aus Sorge um ihr Wohlwollen ihr Versprechen an das jüdische Volk vergessen und, um ihre Gunst zu gewinnen, die feierliche Deklaration, die Mr. Balfour im November 1917 gegeben hat, in Fetzen zerrissen hat. Man kann nicht orientalische (ebenso wenig wie europäische) Völker beruhigen, indem man sich ihre Verachtung erwirbt.

Denn wir wollen Mißverständnisse vermeiden. Wenn die Erklärung Sir Herbert Samuels, wie Mr. Churchill im Unterhaus andeutete, als eine endgültige Darlegung der Politik der Regierung anzusehen ist, dann bedeutet sie eine tatsächliche Zurückziehung der Balfourschen Deklaration. Dieser Tatsache muß man ins Gesicht sehen und sie in ihrem ganzen Ausmasse würdigen. Wir unsererseits haben, seitdem die Deklaration erlassen war, darauf gedrängt daß der von Mr. Balfour verwendete Ausdruck „jüdisches nationales Heim“ genau interpretiert werde. Kein Mitglied der Regierung und auch sonst niemand in ihrem Namen hat eine richtige Auslegung gegeben und die Phrase wurde durch die interessierten Parteien verschieden übersetzt. Wir wollen die verschiedenen Wertungen des Satzes nicht wiederholen, die in Umlauf kamen, von der Dr. Weizmanns, nach welcher sie bedeutete, Palästina-Erez Israel solle so jüdisch werden wie England englisch sei, bis zu der etwa von Mr. Claude Montefiore, der sie auffaßte, als beabsichtige sie eine Art von Erholungsheim für verfolgte Juden aus Osteuropa zu gründen. Denn von welchem Gesichtspunkt aus auch Mr. Balfours Worte betrachtet werden, so war es doch klar, daß, wenn in Palästina ein „jüdisches Heim“ von irgend einer Art errichtet werden sollte, eine notwendige Vorbedingung darin bestehen müßte, daß es eine Einwanderung von Juden ins Land gebe. Diese Einwanderung aber wurde ohne Rücksicht auf ihre Absichten und Ziele durch die von Sir Herbert Samuel angedeutete Politik eingestellt. Der Grund, den er für diesen Schritt angibt, ist, daß die Einwanderung bisher eine Anzahl von Leuten ins Land gebracht habe, welche die gefährlichen Lehren des Bolschewismus bekennen. Freilich hätte das den High Commissioner nicht überraschen dürfen. Er hätte voraussehen müssen, daß wenigstens einige der einwandernden Juden, die man eingeladen hatte, Palästina zu bevölkern, aus den eigentlichen Zentren, in denen die verhaßte Doktrin blüht, kommen würden. Tatsächlich erinnern wir uns, daß der Kolonialsekretär (Churchill) selbst die zionistische Politik der Regierung (etwas zweideutig) als Gegengewicht gegen den Bolschewismus forderte; die Auffassung war anscheinend, daß ein nationales Palästina Juden aus Osteuropa an sich ziehen würde, die sonst möglicherweise aktive Bolschewisten wären. Und es scheint uns, daß echte Staatsweisheit die Möglichkeit begrüßt hätte, welche Palästina diesen jungen Juden bietet, wertvolle jüdische Arbeiter statt unnütze jüdische Bolschewisten zu werden. Jedenfalls ist es lächerlich vorzuschlagen, daß die Linie der ganzen Politik geändert werden soll, weil es, höchstens, 250 Mitglieder der „Mopsi“-Partei (davon ist die Rede) in Palästina gibt. Aber es waren nicht die Kommunisten, welche bewirkt haben, daß die britische Verwaltung den Text der Balfour-Deklaration zum alten Eisen geworfen hat; sie sind blos Marionetten; andere ziehen die Drähte. Sie wurden zweifellos von den Arabern und von den komplexen Interessen, welche der britischen Herrschaft im Lande entgegenstehen, mißbraucht. Sie würden niemals verursacht haben, daß sich ein britischer Prokonsul derart ins Bockshorn jagen läßt, daß er die britische Politik umstürzt, und die Handvoll Bolschewisten als Ausrede für diesen Umfall zu gebrauchen ist unangebracht. Nebenbei ist es das leichteste, was es gibt, irgend jemand einen unpopulären Beinamen wie „Bolschewik“ anzuhängen — wir kennen das aus eigener Erfahrung —, während der Bolschewismus doch eine politische Ueberzeugung ist und wir, mögen wir ihn so scharf wir wollen verurteilen, doch festhalten müssen, daß seine wichtigsten Vertreter soeben einen Vertrag mit Seiner Majestät Regierung geschlossen haben. Zum Zwecke des Handels mit den Bolschewisten in London zu verhandeln und gleichzeitig ein feierlich gegebenes Wort wegen einer Handvoll Bolschewisten in Palästina zurückzunehmen, scheint, um es bescheiden auszudrücken, nicht konsequent.

Der genaue wörtliche Text der Rede Sir Herbert Samuels ist noch nicht zugänglich und unsere Kritik steht notwendigerweise unter Vorbehalt. Aber abgesehen von der strengen Einschränkung der Einwanderung, die sie ankündigte, erklärte sie deutlich, mit Beziehung auf den Satz der Balfour-Deklaration (die Errichtung eines nationalen Heimes für das jüdische Volk in Palästina), der zu unglücklichen Mißverständnissen geführt habe; daß Großbritannien niemals zulassen würde, daß eine jüdische Regierung eingesetzt werde, die über eine mohammedanische und christliche Majorität herrschen solle. Ferner daß die ganze Meinung der Balfour-Deklaration sei, daß die Juden — ein Volk, das über die ganze Welt zerstreut, dessen Herzen aber immer nach Palästina gewendet seien — in die Lage versetzt werden (offenkundig als Einzelne), hier ihr Heim zu finden, daß eine Anzahl von ihnen — innerhalb der durch die Zahl und die Interessen der gegenwärtigen Bevölkerung gesetzten Grenzen, wohlgemerkt — die Erlaubnis haben solle, sich in Palästina anzusiedeln, um durch ihre Arbeit und durch ihre Hilfsquellen an der Entwicklung des Landes zum Vorteil aller seiner Bewohner mitzuarbeiten. Sir Herbert Samuel erklärte ferner, die britische Regierung werde dem Volke von Palästina, den gegenwärtigen Bewohnern, niemals eine Politik aufnötigen, die dieses Volk mit Recht als gegen seine religiösen, politischen oder wirtschaftlichen Interessen gerichtet ansehen würde. Wie hiernach die zionistisch Idee von Erez Israel — einem jüdischen Gemeinwesen, das so jüdisch ist wie England englisch — verwirklicht werden könnte, ist unmöglich zu sehen; so unmöglich wie Sir Herbert Samuels eigene allzu hitzige Vision des „Nächstes Jahr in Jerusalem.“ Seine jetzigen Worte, wenn man sie nimmt, wie sie gesagt sind, bedeuten offenkundig das Ende der zionistischen Politik der britischen Regierung und der Großmächte, wie sie durch die Balfour-Deklaration und den Beschluß von San Remo proklamiert war. Palästina wird dem jüdischen Volk gegenüber in dieselbe Beziehung gestellt wie (nicht mehr und nicht weniger) jedes andere Land, über das England verfügt, wo es keinen Unterschied zu Ungunsten der Juden (oder irgend jemandes andern) wegen seines Glaubens oder seiner Volkszugehörigkeit gibt bei seinem Bestreben, sich anzusiedeln und seinen Platz als einer seiner ständigen Bewohner zu nehmen. Ob Sir Herbert Samuel (oder in diesem Falle die Regierung das Recht hat, die feierlichen Zusagen der Großmächte von San Remo zurückzuziehen oder ob Mr. Churchill, wenn er seine Erklärung über Palästina abgibt, die Worte Herbert Samuels modifizieren oder weginterpretieren wird, können wir im Augenblick nicht untersuchen. Aber wir finden, daß jetzt trübe Aussichten für das künftige jüdische nationale Heim in Palästina, was immer man darunter verstehe, unter der jetzigen Verwaltung in Palästina sind, da die jüdische Einwanderung völlig eingestellt oder scharf beschränkt und Leben und Freiheit der Juden, die jetzt im Lande leben, arabischen Huligans gleich denen, die die Ereignisse in Jaffa angestiftet und ausgeführt haben, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Aber wir müssen festhalten, daß Leben und Freiheit der Juden in Palästina weit mehr dadurch gefährdet sind, daß Sir Herbert eine Politik des Zurückweichens vor arabischer Gewalt in diesem Umfange übt. Und dies geht so weit, daß er bedauerlicherweise in dieser seiner ersten öffentlichen Rede nach dem Jaffaer Judenmord nichts zur Verurteilung des ungezügelten Ueberfalles zu sagen hatte, tatsächlich nichts außer einem konventionellen Ausdruck der Sympathie für die Opfer.

Welche Politik der Zionistischen Organisation oder welche Haltung alle an der jüdischen Zukunft Palästinas interessierten Juden mit Rücksicht auf Sir Herbert Samuels Rede annehmen werden, können wir noch nicht sagen. Aber es ist undenkbar, daß das jüdische Volk bereit sein wird, durch die Zionistische Organisation oder sonstwie die Lasten des Wiederaufbaues Palästinas auf sich zu nehmen, bei solchen Aussichten für die jüdische Zukunft des Landes, wie sie Sir Herbert Samuel in seiner Rede an Königs Geburtstag zeichnete. Es ist möglich, wie gesagt, daß die Erklärung

Feuilleton.

Einiges zur jüdischen Dämonologie.

Der vor kurzem verstorbene Schriftsteller An—ski hat eine dramatische Legende „Zwischen zwei Welten“ geschrieben, die großes Aufsehen erregt hat, vornehmlich durch seinen [illegible] Gehalt, da der Dichter darin ein Stück jüdischen Volksaberglaubens mystisch zu erklären sucht. Es handelt sich darin, ebenso wie in einem anderen poetischen Werke An—skis, „Asmodai“, um den Dämonenglauben und den Glauben an das Besessensein von einem Dämon. An—skis dramatische Legende stellt dar, wie ein Mädchen von dem Geiste eines Mannes besessen ist, der nach dem Versprechen, das ihr Vater dem seinen gegeben hat, ihr Verlobter sein muß, aber stirbt, als sie einem anderen Manne versprochen wird. Das Drama bringt dann die Zeremonie der Austreibung des Dämons zur Darstellung. Dabei werden symbolisch die Zusammenhänge zwischen Tod u. Leben des Menschen zu erfassen gesucht u. Ausblicke auf das jüdische Volksschicksal des Schwebens zwischen Tod und Leben eröffnet. In dem mit reichem folkloristischem Beiwerk ausgeschmückten Legendenspiel An—skis, der ein jüdischer Folklorist von Rang und Verständnis war, interessiert diese Darstellung der jüdischen Dämonologie am stärksten.

Es ist bekannt, daß zu verschiedenen Zeiten und fast bei allen Völkern geistige Erkrankungen epidemischen Charakters vorkamen, die auf dem Glauben an böse Geister beruhten. Bekanntlich hat die Kirche derlei Erscheinungen nicht als nervöse Krankheiten angesehen, sondern als Verbindung mit dem Teufel und seinen Gesellen und hat sie mit Todesstrafe, zumeist Verbrennung geahndet. Ueber den jüdischen Dämonenglauben und die Besessenheit in ihrer psychologischen und psychopathologischen Bedeutung spricht in einem größeren Aufsatz im Wilnaer „Tag“ der Arzt Dr. Wirschubski. Diesem Aufsatz sei nachstehend einiges über die jüdische Dämonologie entnommen.

Am stärksten entwickelt war die Dämonologie unter den alten Völkern bei den Persern. Bei den Juden begegnen wir nun zum ersten Male dem Worte „Satan“ im Buche Sacharja, das aus der Zeit des babylonischen Exils stammt. Aus dieser Zeit scheint also das Eindringen der Anschauung über böse Geister zu stammen. In der alten jüdischen Auffassung herrscht jedoch nicht die gleiche Vorstellung über den Satan wie später bei den christlichen Völkern. Er ist nach jüdischer Auffassung einer von Gottes Boten (siehe Hiob, 2). Später aber, im Talmud, wird der Satan mit den Eigenschaften eines bösen Geistes charakterisiert (Baba Batra). Die Diener des Satans werden im Talmud mit verschiedenen Namen bezeichnet: Scheirim, Schedim, Rischpim (böse Geister in den Gärten), Masikim (Erreger der Krankheiten) usw. Der König der bösen Geister ist Aschmodaj. Der Talmud kennt überdies eine Reihe von Kobolden und Dämonen.

Hexen und Zauberer sind geheime Agenten der bösen Dämonen; durch ihre Vermittlung werden die Dämonen herbeigerufen und so entsteht zum Beispiel nach dem Aberglauben der Russen die Krankheit „Klikuschesiwo“, welche ähnlich ist der in An—skis Drama geschilderten Besessenheit. Zauberei war bei den Juden schon in uralter Zeit verbreitet, so daß gegen sie Strafen verhängt wurden (Wajikro, Keduschin, 29). Der Talmud gibt an, daß die Zauberei aus Aegypten stammt, und zählt verschiedene Arten derselben auf.

In späterer Zeit ist unter dem Einfluß der Kabbala in die jüdische Dämonologie ein neues Element hinzugekommen, wie es den europäischen Völkern sonst fremd ist, die Lehre vom Gilgul. Die Seele schwebt nach dem Tode abgesondert vom Körper umher; sie kann in ein lebendes Geschöpf eindringen, auch in ein Tier, ja sogar in Bäume und Steine. Auf solche Weise kann die Seele eines Zaddik oder eines Bösewichts auf die Erde kommen, in einen Menschen eindringen, und mit seiner Seele verwachsen. Durch diese mystische Theorie wollte die Kabbala wahrscheinlich die Zerstreuung der Juden unter allen Völkern symbolisch erklären. Die phantast. Lehre vom Gilgul erreichte die stärkste Verbreitung im 17. Jahrhundert in den Werken der berühmten Kabbalisten Jak Lurie und Chaim Vital. Damals haben auch die Vorstellungen von den Dämonen, welche in einen Menschen eindringen, geradezu psychopatholog. Epidemien unter der Judenheit hervorgerufen.

Zu dieser Besessenheitslehre kommt auch die Beschwörung, das heißt die Befreiung des Besessenen von dem Dämon. Das jüdische Zeremoniell solcher Dämonenbeschwörung wird in An—skis Legende weitläufig dargestellt.

Neuentdeckte Briefe des Baalschem.

Der bekannte hebräische Schriftsteller Hillel Zeitlin macht in „Haiwri“, New York, Mitteilung über während der russischen Revolution entdeckte Briefe des Baalschem an seine Freunde und Schüler. Aus den Briefen, die von großem historischem Wert sind, geht u. a. hervor, daß er nicht, wie die Sage erzählt, Sohn eines einfachen Dorfjuden war, sondern daß sein Vater Rabbiner war.

---

des High Commissioners bloß der Besänftigung der Araber diente. Im andern Falle aber fürchten wir, daß die dunkelsten Zweifel, die wir schon vor einiger Zeit mit Bezug auf die ganze Politik der Balfour-Deklaration geäußert haben, und unsere tiefsten Besorgnisse wegen der Aufrichtigkeit der Regierung Berechtigung bekommen würden. Es wird eine grausame Lage für das jüdische Volk und die Folgen werden unberechenbar sein. Aber das wollen wir sagen: wenn es sich herausstellen sollte, daß das jüdische Volk genarrt und betrogen wurde, wenn sich die Balfour-Deklaration als ein leerer Schall, der Beschluß von San Remo als ein bloßer Hohn und Sir Herbert Samuels Ernennung zum High Commissioner als Teil eines abgekarteten Spieles herausstellen sollte, zum Zwecke, die Juden in den Glauben zu schmeicheln, daß England tatsächlich ihre politische Emanzipation als Volk, tatsächlich die nationale Wiedervereinigung der zerstreuten Ueberreste von Israel beabsichtige, wenn nichts von all dem wirklich beabsichtigt wurde; wenn dieser Betrug nur verübt wurde, um für den Augenblick der Notwendigkeiten britischer Politik zu dienen, dann wird dies, wenn es eine Gerechtigkeit auf Erden und einen Gott im Himmel gibt, nicht ungestraft bleiben. Wir sind entfernt davon, etwas dergleichen von einer britischen Regierung zu glauben oder zu glauben, daß das britische Volk sich mit einer solchen Politik der Heuchelei verknüpfen lassen wird. Wenn es aber doch so wäre, dann haben wir doch noch einen Trost, wenn auch das jüdische Volk dann noch einen Tag der Zerstörung mehr in seinen Kalender einfügen und wenn auch leider das jüdische Problem ungelöst bleibt. Glücklicherweise bleibt auch jüdisches Streben und jüdische Hoffnung und jüdischer Glaube an die jüdische Zukunft unseres alten Landes. Für die Regierung und die Großmächte aber bleibt — die Judenfrage. Diese Antwort müssen sie erwarten, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Erklärung Sir Herbert Samuels tatsächlich die Andeutung eines Ereignisses ist, das eines der schwärzesten Beispiele politischer Unredlichkeit die je die Geschichte gesehen, bilden würden.

Die Lage in Palästina

„Palestine" vom 11. Juni bringt nochmals eine Darstellung der Ereignisse in Jaffa von einem dort wohnenden Juden. Wir halten es für richtig, diese Darstellung zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Sie lautet:

Die Tatsachen sind Ihnen bekannt. Sonntag den 1. Mai griffen Haufen von Arabern die Juden in verschiedenen Teilen von Jaffa an, verwundeten und töteten sie, plünderten ihre Häuser und Läden; der britische Kommandant der Polizei weilte für einige Tage außerhalb der Stadt und die arabische Polizei verband sich mit den Plünderern, hetzte sie zu Raub und Mord auf und nahm selbst teil an der Tötung von Juden. Das zionistische Einwandererheim, das in dem arabischen Stadtteil liegt, wurde von einer Abteilung arabischer Polizei angegriffen, die das Tor aufbrach und durch das Tor und von dem oberen Stockwerk eines benachbarten Hauses auf die im Hause befindlichen jüdischen Männer, Frauen und Kinder schoß; in der Stadt gab es keine Truppen; der Gouverneur telephonierte gleich bei Beginn der Unruhen um Truppen, die ersten Soldaten kamen aber erst drei Stunden später an. Montag und Dienstag gab es weitere Angriffe auf Juden in Jaffa und während des übrigen Teiles der Woche wurden einige jüdische Kolonien angegriffen. Wieder nahmen in einem Fall arabische Polizisten an den Angriffen teil. Die erste offizielle Mitteilung der palästinensischen Regierung erweckte den Eindruck, als ob die Ursache der Unruhen ein Umzug bolschewistischer Juden gewesen sei und bezeichnete die Exzesse als „Kämpfe zwischen Arabern und Juden". Diese Ausdrucksweise gibt ein völlig falsches Bild des Ereignisses. Es ist Tatsache, daß es einen kleinen Umzug jüdischer kommunistischer Arbeiter gab, der das rein jüdische Stadtviertel Tel Awiw durchzog und sich dann in Begleitung von Polizei dem gemischten Stadtteil zwischen Tel Awiw und Jaffa näherte; aber dieser Umzug war nicht die Ursache der Unruhen; er lieferte bloß den Arabern einen Vorwand die Exzesse zu beginnen. Andererseits „war der Kampf zwischen Arabern und Juden" in Wirklichkeit ein Angriff von Arabern auf Juden, die natürlich als die Angegriffenen sich wehrten, so gut sie konnten.

Nach meinen Informationen ist es klar, daß die ganze Sache im vorhinein arrangiert war; sie war von auswärts organisiert und finanziert und der Tag des Kommunistenumzuges wurde mit der klaren Absicht gewählt, den Exzessen den Charakter einer spontanen Erhebung der arabischen Bevölkerung Palästinas gegen die jüdische Einwanderung in das Land zu geben. Tatsächlich wurde seit Monaten eine Agitation betrieben, um die jüdischen Einwanderer als Bolschewiken hinzustellen. Am 8. Mai brachte ein neu gegründetes arabisches Blatt in Beirut einen angeblichen Brief Trotzkijs an Sir Herbert Samuel, worin der erstere erklärte, er sende seine besten bolschewistischen Juden nach Palästina, um den High Commissioner in die Lage zu versetzen, ein rein bolschewistisches Land aufzubauen. Der Artikel behauptete, dieser Brief sei in der Tasche eines jüdischen Einwanderers gefunden worden der während der Unruhen verwundet und in eines der Spitäler von Jaffa gebracht worden sei. Am Tage der Unruhen, wenige Stunden vor ihrem Beginn wurde in Jaffa ein bolschewistischer Aufruf in arabischer Sprache verbreitet. Man sagte, die kommunistischen Juden seien für diesen Aufruf verantwortlich; die Qualität des Papiers, die Drucktypen und vor allem die Sprache (ägyptisches und nicht syrisches Arabisch) deuten klar auf einen auswärtigen Ursprung.

Ich bin sehr enttäuscht von der Art, wie die Regierung die Lage behandelt. Die Regierung ist in ihren Maßnahmen zum Schutze des Lebens und Eigentums und zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung unglaublich schwach gewesen. Zum Beispiel im Falle der Kolonie Rechoboth, die, wie wir wußten, in Gefahr war, angegriffen zu werden, ersuchen wir die Behörden, Truppen hinauszusenden; man sandte auch einige 25 Soldaten, die aber nur mit Stöcken bewaffnet waren. Die Folge war, daß, als die Kolonie von einer großen Masse von Arabern angegriffen wurde, die Soldaten machtlos waren und die Verteidigung der Kolonien gänzlich den Kolonisten selbst überlassen wurde. Angriffe auf Personen und Plünderung von Läden erfolgte in Jaffa noch einige Tage nach Ankunft der Soldaten, in manchen Fällen in unmittelbarer Nachbarschaft des Gouverneurgebäudes, wo die Truppen stationiert waren. Jedem, der während der Unruhen in Jaffa war, ist es klar, daß es die Hauptsorge der Behörden war, jede Reizung der Araber zu vermeiden. Bevor sie irgendwelche Schritte gegen die Haupträdelsführer unternahmen, ging die Regierung mit der Einstellung der jüdischen Einwanderung in ängstlicher Befolgung der Wünsche der arabischen Führer vor, was nicht anders charakterisiert werden kann, denn als die Kapitulation der Regierung vor den Mächten der Unordnung. Die Folge dieser Haltung wird sein, daß die Araber in Zukunft wissen werden, es genüge für sie Gewalt anzuwenden, um die Regierung zu zwingen, alle ihre Wünsche zu erfüllen. Die Sache ist umso ernster, als die Regierung durch ihre Schwäche und ihre Weigerung, drastische Mittel anzuwenden, geradezu den Agitatoren in die Hände gearbeitet hat, die der Bevölkerung erzählt hatten, die Regierung würde nicht einschreiten, wenn man die Juden angriffe. Wie weit die Schuldigen gemäß ihren Verbrechen gestraft werden, ist schwer vorauszusagen. Es ist völlig klar, daß die Tatsache, daß die meisten der niederen Beamten Araber sind, stark gegen uns wirken muß.

Nehmen wir zum Beispiel den Fall der des Mordes beschuldigten Polizisten. Als ich Jaffa verließ, waren zwei jüdische Polizisten und etwa acht oder neun arabische Polizisten wegen Mordverdachtes arretiert. Den arabischen Polizisten hatte man die Nummern vom Kragen getrennt und hatte sie in einem verschlossenen Raume untergebracht; die jüdischen Polizisten aber hielt man mit den Nummern am Kragen vor der Wachstube im Eingang des Gouverneurgebäudes, wo täglich hunderte von Arabern Gelegenheit hatten, sie zu sehen, sich ihre Gesichter einzuprägen und ihre Nummern zu merken. Man kann sich vorstellen welchen Wert nach solcher Vorbereitung die Zeugenaussagen haben werden.

Die jüdische Oeffentlichkeit in Palästina kennt natürlich alle diese Tatsachen; und ich bin überzeugt, daß, wenn sie einmal zur Kenntnis des High Commissioners kommen, er sehen wird, daß Gerechtigkeit für Juden und Araber gleich gilt und daß sie nicht durch irgendwelche Erwägungen politischer Bequemlichkeit beeinflußt werden darf.

Von der aktuellen Tätigkeit des Joint Foreign Committee.

Interview der „J. P. Z." mit Lucien Wolf.

Der Herausgeber der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" hat während seines Aufenthaltes in London Gelegenheit gehabt mit führenden Persönlichkeiten in jüd. Tagelegenheiten Rücksprache zu nehmen. Außer den Audienzen bei den Ministern Churchill und Mond und Besprechungen mit den verschiedenen sich derzeit in London befindlichen zion. Führern wurde unser Herausgeber u. a. auch von Claude Montefiore, Lord Swaythling und Lionel de Rothschild empfangen. Der Generalsekretär des Joint Foreign Committee, Lucien Wolf, gewährte dem Herausgeber eine Unterredung, in der auch zahlreiche vertrauliche Fragen zur Sprache kamen. Auf die Frage, ob das Joint Foreign Committee auch die Juden des Ostens vertrete und inwiefern es sich dieser annehme, erklärte Lucien Wolf:

Das Joint Foreign Committee prätendiert nicht, die Juden Osteuropas zu vertreten, es sei denn, daß es von diesen darum ersucht wird. Wir handeln, wenn sie uns darum angehen. Die wichtigste Frage, mit der wir uns jetzt beschäftigen, ist die Frage der der Emigration aus Osteuropa. Diese hat ihren kritischen Punkt durch die Anhäufung der Flüchtlinge in Polen gefunden. Der Jüdische Nationalrat in Polen hat sich an uns gewandt, weil die poln. Regierung die Flüchtlinge mit Ausweisung bedroht hat, wenn sie innerhalb drei Monaten nicht auswandern. Wir haben uns infolgedessen mit zwei Fragen zu beschäftigen. Einmal mit der dringenden Frage der Flüchtlinge in Polen und dann mit der allgemeinen Frage der jüdischen Emigration aus Osteuropa. Bez. der ersten Frage sind wir sehr aktiv vorgegangen zusammen mit der Ica, der Alliance Israelite und anderen Organisationen. Wir sind mit verschiedenen Regierungen in Unterhandlungen getreten, um einen sofortigen Abzug der Flüchtlinge zu ermöglichen. Der Verlauf dieser Verhandlungen ist günstig, aber sie nehmen natürlich Zeit in Anspruch. Wir sind ebenfalls um spezielle Paßerleichterungen vorstellig geworden. Wir haben es auf uns genommen, die notwendigen Mittel und Organisationen ausfindig zu machen, um Transport, Empfang und Uebersiedlung der Emigranten zu sichern. Wir werden ebenfalls Schritte unternehmen, um die Flüchtlinge in der Zwischenzeit vor der Ausweisung aus Polen zu schützen. Der Jüdische Nationalrat in Warschau ist über alle unsere Schritte unterrichtet. Soweit also was die eine Frage betrifft.

Bez. der allgemeinen Emigrationsfrage gehen wir in Verbindung mit der Ica vor und wir haben uns angeboten, zusammen mit dem Völkerbund, dem Internationalen Arbeitsbüro und dem internationalen Roten Kreuz, welche jetzt alle die Emigrationsfrage in Betracht ziehen, zusammen zu arbeiten. Die jüd. Organisationen, die sich jetzt mit dem Emigrationsproblem in ganz Europa befassen, werden am 7., 8. und 9. Juni unter den Auspizien der Ica eine Konferenz in Brüssel abhalten. Die Beratung wird sich hauptsächlich damit zu befassen haben, ein umfassendes Programm für die Kontrolle und Regulierung der jüdischen Emigration aufzustellen, das für die Bequemlichkeit der Emigranten sorgt. Wir werden auch auf der im August in Genf stattfindenden Emigranten-Konferenz vertreten sein.

Sodann kam der Fall Löw zur Sprache, worauf Wolf erklärte, daß sich das Joint Foreign Committee lebhaft mit dem Fall beschäftigte und daß der britische Oberkommissär in Budapest das Verhör Rabbi Löws verfolgen und der britischen Regierung berichten wird.

Bez. des jüdischen Friedhofes in Smyrna erklärte Lucien Wolf, daß dieser während des Krieges von der türkischen Regierung mit Beschlag belegt wurde. Gerade vor dem Waffenstillstand erwirkten die Juden einen diesbezüglichen Beschluß der Hohen Pforte zu ihren Gunsten. Als die Griechen Smyrna besetzten, nahmen sie von den türkischen Behörden Besitz, ignorierten den Beschluß der Hohen Pforte und behaupteten, daß er nicht existiere. Die Jüdische Gemeinde von Smyrna wandte sich daher an das Joint Foreign Committee und an die Alliance Israelite. Wir haben die Frage mit der griechischen Regierung diskutiert und haben entsprechende Schritte unternommen; es besteht die Hoffnung, daß die Angelegenheit demnächst in zufriedenstellender Weise erledigt wird. Wie Sie sehen, gibt es auch eine Reihe anderer Fragen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, aber ich kann darüber nicht viel sagen, weil sie höchst vertraulicher Natur sind.

Einen weiteren Punkt der gegenwärtigen Arbeit des Joint Foreign Committee bildet Artikel 129 des Vertrags von Sevres, der alle Juden, die zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages in Palästina wohnhaft sind, zwingt, palästinensische Bürger zu werden und ihre gegenwärtige Nationalität aufzugeben. Wir haben gegen diesen Artikel protestiert, weil sich britische Juden in Palästina befinden, die dort zu bleiben wünschen, jedoch ihre britische Nationalität nicht aufgeben wollen. Die Alliance Israelite Universelle hat ebenfalls zugunsten der französischen Lehrer in ihren palästinensischen Schulen protestiert. Der Artikel stellt eine Verletzung des englischen Common Law und des französischen Code-Civile dar, umsomehr, als er britische und französische Staatsangehörige ihrer Nationalität beraubt unter Umständen, die von jenen Gesetzen nicht vorgesehen sind. Es ist ebenfalls eine Verletzung der Balfour-Deklaration, die die Rechte und den politischen Status der britischen und französischen Juden und aller anderen Juden, die nicht Bürger von Palästina sind, garantiert.

Der Keren Hajessod als Wirtschaftsinstrument.

Im Anschluß an die Vorgänge in Jaffa ist in der jüdischen Oeffentlichkeit mit Recht betont worden, daß die Zeit seit dem Beschluß von San Remo bei weitem nicht genügend ausgenutzt worden ist. Noch hat das jüdische Volk wenig getan, um die unvergleichliche Chance, die ihm geboten ist, zu verwerten. Was aber hätte geschehen müssen, und auf welche Weise konnte und kann die Entwicklung am schnellsten gefördert werden? Man sagt mit Recht, daß dem Privatkapital eine außerordentliche Rolle zufalle, und man hat sich darüber gewundert, daß dieses nicht schneller zufasse. Indessen, wer die wirtschaftliche Lage einigermaßen kennt, der weiß, daß es geraume Zeit dauert, ehe sich die Lawine des Kapitals, mit kleinen Mengen beginnend, zu großen Massen sich steigernd, auf ein Land herabläßt. Die Mobilisierung des Privatkapitals bedarf zumeist weitreichender Vorbereitungen psychischer wie kapitaltechnischer Vorbereitungen, für Palästina sind sogar in viel größerem Maße getroffen worden, als dies der Oeffentlichkeit im allgemeinen bekannt ist, und for dauernd fassen neue Anregungen Wurzel. Doch die Errichtung von Fabrikbauten und sonstigen industriellen Einrichtungen in Palästina erfordert längere Vorbereitungen, als man gemeinhin ahnt. Auch juristische Schwierigkeiten spielen in Palästina eine erhebliche Rolle, so die Verzögerung der Genehmigung des Mandates, die dem großen Ruthenbergschen Projekt im Wege steht (von dem kleinen Spezialprojekt am Audscha abgesehen.) Nach Genehmigung des Mandates dürfte auch die Anleihe erscheinen und größere Mittel für Verkehrsprojekte bereitstellen. Daß ganz allgemein die heutige Zeit der stürzenden Preise, der Kapitalknappheit, der großen Wirtschaftskrise einem wirtschaftlichen Neuaufbau konträr entgegenwirkt, braucht kaum betont zu werden. Viele Projekte, viele Lebenspläne, die sich auf Palästina konzentrieren, reifen erst langsam ihrem Ziele zu.

Kein modernes Kolonialband ist mit einem Schlage geworden. Ueberall war die Entwicklung zunächst langsam, und erst allmählich steigerte sich das Tempo. Und nicht nur in Kolonialländern war die Entwicklung so, sondern ebenso in der Heimat der modernen Welt in den Hauptwirtschaftsländern Europas. Hier aber trat eine Potenz in Tätigkeit, der im Anfang der modernen wirtschaftlichen Entwicklung eine überragende Bedeutung auch auf dem engsten wirtschaftlichen Gebiet zukam, der Staat. Zwar der übertriebene Merkantilismus, der schließlich die Gesamtheit des Wirtschaftslebens nach kunstvollen Ideen leiten und lenken, es bereits einer Art Planwirtschaft unterwerfen wollte, mußte zusammenbrechen. Aber die ursprüngliche Staatstätigkeit, welche in noch primitiven Ländern wirtschaftliche Gedanken durchbrach, Industrien einrichtete und überall mit Geldmitteln fördernd einschrang, ist von unabsehbarem Werte gewesen. Sie erst hat die Privatinitiative, die alle diese Dinge dann später besser machte, angeregt und ihr die nötigen Impulse verliehen.

Sollen wir die Nutzanwendung auf Palästina ziehen? Wir brauchen auch dort zunächst eine reichlich mit Geldmitteln versehene Instanz, welche auf wirtschaftlichem Gebiete grundlegend, anregend und fördernd vorangeht, unabhängig davon, ob Kapitalschwierigkeiten und widrige Zeiten sinkender Preise, wie bisher, dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegenstehen, unabhängig von juristischen Schwierigkeiten und Hemmungen aller Art, die den Privatmann zunächst abschrecken. Die Londoner Jahreskonferenz von 1920 hatte wohl diese Empfindung, als sie den Keren Hajessod ins Leben rief. Wie einst die zerklüfteten, von Schwierigkeiten aller Art heimgesuchten Territorialstaaten Europas inmitten kriegerischer Zeitläufte, inmitten rechtlicher Zerklüftung, inmitten einer überlieferten Wirtschaftsverfassung und bei entwickeltem Privatkapital durch ihr unmittelbares Eingreifen den modernen Wirtschaftsstaat vorbereiteten, so brauchen wir eine analoge Instanz in Palästina. Der Keren Hajessod muß die große Kraft sein, welche mitten in einer widerstrebenden Welt, trotz aller Ungunst der Konjunktur, Grundlagen legt. Darum ist mit Recht das jüdische Volk zur Zahlung einer Steuer aufgerufen worden, damit wieder analog jenen Zeiten der Grundlegung in Europa, durch Steuerleistungen ersetzt und ergänzt wird, was schwierige Zeiten einstweilen noch nicht recht gelingen lassen, und was nicht unerhebliche Zeit zu seiner Vorbereitung bedarf. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nunmehr das Privatkapital zurückzuhalten braucht. Im Gegenteil, die staatsähnliche Tätigkeit des Keren Hajessod kann eben nur eine Grundlage, eine Anregung, eine Förderung sein, damit auf der von ihr geschaffenen Basis nunmehr die private Initiative sich um so stärker entfalten kann.

Erich Marx.

Inland.

Lehrernachwuchs.

Am schwarzen Brette der tschechischen Lehrerbildungsanstalt in Prag findet sich folgender Anschlag vor:

Mit Beginn des nächsten Schuljahres wird an der Lehrerbildungsanstalt ein einjähriger Abiturientenkurs für Absolventen der Mittelschulen errichtet.

Aufnahme in denselben finden Abiturienten, welche in diesem Jahre absolviert haben. Beizubringen sind: 1. Der Geburtsschein, 2. ein Gesundheitszeugnis vom Bezirksarzte, daß der Bewerber für das Lehramt die Eignung besitzt, 3. das Maturitätszeugnis, 4. die Zeugnisse der oberen Klasse der Mittelschule, (5. bis 8. bei Gymnasialmaturanten, 5. bis 7. bei Abiturienten der Realschule), aus welchen ersichtlich ist

daß der Bewerber im Tschechischen und in der Mathematik die Note gut gehabt und den Gesangsunterricht besucht hat. Die Gesuche sind bis 19. Juli l. J. bei der Direktion der Lehrerbildungsanstalt Prag, Panska ulica zu überreichen. Derjenige, der bis zum Ende des Monates Juli die Dokumente nicht zurückgestellt bekommen hat, gilt als aufgenommen und hat mit 1. September in der Schule dortselbst sich einzufinden.

Der Jüdische Nationalrat in Prag hat in Anbetracht der Wichtigkeit der Schaffung eines Lehrernachwuchses beschlossen, solchen jüdischen Abiturienten, welche sich diesem Kurse widmen wollen, für dieses Jahr ein **Stipendium von monatlich** 300 Kronen zu bewilligen; er hofft, daß auch von anderen jüdischen Korporationen, denen die Schaffung eines jüdischen Lehrernachwuchses am Herzen liegt, solche Stipendien gestiftet werden. Interessenten wollen sich an den Religionslehrer der tschechischen Lehrerbildungsanstalt, Prof. Dr. Julius Reach Prag, Vaclavske nam. Nr. 43, wenden.

Lehramtsprüfung. Der phil. Kand. Erwin Arnstein hat am 13. Juni l. J. die Lehramtsprüfung an der Lehrerbildungsanstalt in Pribram mit sehr gutem Erfolge abgelegt und wird sich im kommenden Jahre der Lehrtätigkeit an der jüdischen Volksschule in Prag (mit tschechischer Unterrichtssprache) widmen.

Die Tätigkeit des J. N. R. im Mai 1921.

Die Sitzungen des Jüdischen Nationalrates fanden am 10., 17., 29. und 31. Mai statt. Dem jüdischen Schulwesen wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Eine Aktion zwecks Erreichung einer Staatssubvention für jüdische Volksschulen in Böhmen, Mähren Schlesien, das Gymnasium in Brünn und die Fachschule in M.-Ostrau wurde durchgeführt. Vorbereitende Schritte wurden unternommen zur Einsetzung einer öffentlichen Prüfungskommission für die hebräische Sprache. Beim Schulministerium wurde erfolgreich eingeschritten wegen Räumung der jüdischen Schule in Holohovez durch das Militär. Für jüdische Lehrer in der Slowakei wurde eine günstige Interpretierung der gesetzlichen Vorschriften über die Prüfung aus dem Slowakischen über Vorbereitungskurse erreicht. Dem jüdischen Gymnasium in Brünn wurde für seine I. Klasse vom Ministerium das Oeffentlichkeitsrecht erteilt. Das Schulministerium wurde aufmerksam gemacht auf einige Fälle der antisemitischen Lektüren an tschechischen und slowakischen Schulen.

Kultusangelegenheiten.

Auf der außerordentlichen Sitzung am 29. Mai wurden Richtlinien festgestellt für das künftige Verhalten der im J. N. R. vertretenen Parteien in der Frage der Prager Kultusgemeinde. Eine spezielle Kommission beschäftigte sich am 31. Mai mit dieser Frage.

Rechtsschutz.

In 9 Fällen wurde in Flüchtlingsangelegenheiten bei den Zentralämtern und politischen Behörden interveniert, öfters in Paß- und Visumangelegenheiten bei verschiedenen Konsulaten, in 6 Fällen wurde den jüdischen Emigranten und in 2 Fällen den polizeilich verhafteten Juden Rechtsschutz gewährt. Eine Reihe von internen Angelegenheiten des J. N. R. auf politischem und finanziellem Gebiete wurde erledigt.

Aus der Chronik der jüdischen Gasse.

In „Prager Presse“ veröffentlichte Donnerstag, den 16. d. Prof. Alois **Musil** einen Artikel, der sich mit der Ernennung des Emir **Feisal** zum mesopotamischen König der Araber beschäftigt. Prof. Musil hält diesen Mann nicht für fähig, solch wichtigen Posten einzunehmen und bezeichnet dessen Ernennung als schweren Mißgriff der englischen Politik.

Vor etwa eineinhalb Jahren hat der ungarische Minister des Innern die Ausfuhr von hebräischen Schriften und Druckwerken mit der Begründung verboten, daß diese eventuell den Bolschewismus verpflanzen könnten. Der Grund dieses Verbotes aber war, daß man sich fürchtete, es könnten in der hebräischen Sprache die ungarischen Verhältnisse wahrheitsgetreu geschildert werden. Umsonst waren alle Vorstellungen, es war keine Aufhebung dieses Verbotes zu gelangen, sogar Hegedüs äußerte sich, daß dies zur Zeit nicht möglich sei. Unter der Einwirkung dieses Verbotes hat auch Doktor Ludwig **Blau**, Rektor des Budapester Rabbinerseminars, die Herausgabe der hebräischen Zeitschrift „Hazofeh“ eingestellt, da er die Spesen des Blattes aus den ungarischen Abonnements nicht decken konnte. Vor einigen Wochen wendete sich Dr. Blau neuerlich mit einer Eingabe an die ungarische Regierung und bat, man wolle den Versand seines Blattes bewilligen, da dies sich weder mit Politik noch mit wirtschaftlichen Fragen befasse, sondern ausschließliche eine wissenschaftliche Schrift sei, außerdem seien die Mitarbeiter des Blattes Dr. Michael Guttmann, Professor am Rabbinerseminar, und Doktor Simon Hevesi, der Oberrabbiner von Budapest, also verläßliche Elemente. Diese Bitte wurde zur Beurteilung der Akademie der Wissenschaften übermittelt. Man irrt jedoch, wenn man meint, daß die Akademie den Akt an ihre Mitglieder, den berühmten Orientalisten Ignaz Goldzieher oder an Bernat Munkacsi, weitergegeben habe, denn die ungarische Akademie tut so etwas nicht und läßt eine Sache nicht von Kennern beurteilen, welche auch verstehen, was sie lesen. So kam es, daß das Mitglied Daniel Varga die Begutachtung zugewiesen bekam, welcher als Theologe auch Hebräisch lesen gelernt hat. Daniel Varga war Mann genug, zu erklären, daß er von der ganzen Sache nichts verstehe, und übergab sie an Michael Kmosko, den bekannten Hetzer vom Wiener Antisemitentag, obwohl er sich bewußt war, daß auch Kmosko wohl nichts davon verstehe, doch so viel Judenhaß aufbringen werde, daß er ein der Regierung genehmes Gutachten abgeben könne. Kmosko gab auch sein Gutachten ab, und zwar mußte er konstatieren, das Blatt wäre tatsächlich bloß eine wissenschaftliche Zeitschrift, welche sich mit der Politik gar nicht befasse. Doch mit Rücksicht darauf, daß ein Redakteur des Blattes, Dr. Michael Guttmann, Mitglied der amerikanischen „Bnet-Brith“-Loge sei und angesichts der Möglichkeit, daß im Falle der Zulassung des Versands ins Ausland auch die übrigen hebräischen Blätter (die sich mit rein rituellen Fragen befassen!) die gleichen Forderungen stellen könnten, beantragte er die Erlaubnis zu verweigern. Die Weisen der Akademie hörten mit Andacht dem Vortrage des Meisters Kmosko zu, doch verweigerte Franz Herczek seine Zustimmung, weil er der Meinung war, die Akademie sei nur dazu berufen, festzustellen, ob das Blatt ein bloß wissenschaftliches od. auch politisches Organ sei. Keinesfalls aber habe sie darüber eine Entscheidung zu fällen, ob die Verwendung des Blattes im Interesse des Landes gelegen sei.

Da nun die hochgelehrten Herren nichtwußten, was sie der Regierung antworten sollten, taten sie das Klügste: sie legten die ganze Sache ad acta und die hebräische Wissenschaft kann weiter schauen, wie sie in Horthy-Ungarn ohne ein Organ fortkommt.

Einem Berichte der „Gazeta Warszawska“ zufolge hat sich in Warschau ein polnisch-jüdischer Klub gebildet, dem nach Angabe des Blattes von polnischer Seite Mitglieder der fortschrittlichen sogenannten „Aktivistengruppe“, und zwar der Erzbischof Ropp und der Bischof Kulak, die Professoren L. Petrazycki und Baudoin de Courtenay sowie Fr. Skapski, Eugen Starczewski, Redakteur Sielzynski, und L. Darowski, ferner von der „Bürgerpartei“ Ludwig Krzywicki, Zdislaw Fürst Lubomirski, Abgeordneter de Rossek, der ehemalige Minister Patek, von der Sozialdemokratie Abgeordneter Barlicki, von der konservativen Partei Graf Bawrowski und Federowicz beigetreten sein sollen. Die Liste der jüdischen Mitglieder des Klubs ist dem Blatte nicht bekannt. — Es scheint sich hier um einen der vielen Versuche zu handeln, die Annäherung zwischen Polen und Juden im gesellschaftlichen Sinne herbeizuführen. Viele der von der „Gazeta Warszawska“ angeführten Teilnehmer von polnischer Seite sind aufrichtige Judenfreunde und ehrliche Kämpfer für den Fortschritt. Ob aber die von diesen eingeschlagenen Methode der gesellschaftlichen „Privatinitiative“ eher zum Ziele führen kann als die eine Verständigung von Volk zu Volk, ist fraglich. Es ist auch zu befürchten, daß ihre jüdischen Partner ein paar Polen mosaischer Konfession sein werden und keine Vertreter des jüdischen Volkes.

Eine der wichtigsten Institutionen für die jüdische Einwanderung nach Amerika ist die über Initiative von mehreren Philantropen gegründete „Hebrew Immigration Assoциation“, kurz „Heias“ genannt. Sie hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die gesamte jüdische Einwanderung nach Amerika zu kontrollieren. Sie führt eine jüdische Einwanderungsstatistik, gewährt den Einwanderern rechtlichen und sonstigen Schutz, organisiert, wo es nottut, den Wanderstrom in seinen Ausgangsländern (so hat die Gesellschaft in den jüdischen Zentren von Osteuropa Bureaus errichtet und besonders die Aktion der Ueberführung von Angehörigen in Amerika lebender Juden geführt) und leistet den Emigranten sowohl organisierte soziale Hilfe wie auch Einzelhilfe in jeder Beziehung, um ihnen die Einwanderung nach Amerika nach Kräften zu erleichtern.

Der sozialdemokratische Deputierte Hermann Diamant, welcher vor kurzem in parteipolitischer Mission England besucht hat, gibt im „Robotnik“ einen Bericht über seine Konferenz mit den Führern der englischer Arbeiterpartei. Darin findet sich folgende Schilderung: „Der Schweiß trat aus allen Poren, als ich sah, ich müßte Rede und Antwort stehen für alle Sünden der Faktoren, welche in Polen die Macht haben. Von allen Examina, welche ich im Leben abgelegt habe, war dieses eines der schwersten. Es ist sehr schwer, ohne sich an der Wahrheit zu versündigen, Sympathien für den polnischen Staat zu gewinnen, welcher von einer mit russisch-preußischen Methoden durchsetzten Reaktion regiert wird; und es ist schwer, bei Fremden Glauben dafür zu gewinnen, woran ich selbst fest glaube, daß nämlich die Reaktion in Polen nur ein Uebergang ist. Man hielt mir bei dieser Konferenz alle Mißbräuche und Gewalttaten gegen die Juden vor, die Wirtschaft in den Randgebieten im Osten und so weiter. Oberst Wedgwood, der schärfste Examinant bei dieser Sitzung, apostrophierte mich am Schlusse der Konferenz folgendermaßen: „Sagen Sie Ihrer Regierung und Ihrer Oeffentlichkeit, daß sie so lange nicht auf die Sympahtien Englands rechnen können, so lange es keine Gerechtigkeit in Polen gibt und so lange die Judenverfolgungen dauern“. Als ich antworten wollte, unterbrach mich Wedgwood mit einer Handbewegung und fügte hinzu: „Sagen Sie nichts. Ich spreche auf Grund von eigenen Beobachtungen.“ Und mit einer sehr höflichen Rede des Vorsitzenden der Konferenz, welche den Dank aller für die erteilten Informationen zum Ausdruck brachte, schloß der Besuch bei der englischen Arbeiterpartei.“ — Aus diesen Erfahrungen des Abgeordneten Diamand kann die polnische Regierung ersehen, daß sie gut daran tun wird, wenn sie sich von den reaktionären Außenseitern und jenen radikalen Elementen befreit, welche ihre ganze Politik auf der Judenhetze aufbauen und dadurch Polens Ansehen im Auslande schädigen. Wenn es der polnischen Regierung gelingt, diese Elemente abzuschütteln, dann wird sie viel für die Erlangung der Sympathien im Auslande getan haben.

Prof. **Einstein** hielt in London im größten Hörsaale des Kings College einen Vortrag, bei dem Lord **Haldane** erklärte, **England sei Deutschland für Einstein** dankbar. (Wie Auffassungen merkwürdig sein können, in Berlin pfiffen denselben Einstein Deutschlands Studenten aus, und auf Deutschlands hohen Schulen ist für diesen Mann kein Platz mehr!)

Am 18. und 19. d. M. fand in Wien die Delegierten-Konferenz der He'achduth Hapoel-Hazair statt, bei der Elieser Kaplans Dr. **Birnbaum** und Dr. Chaj im Tartakower referierten.

In Buenos Aires erscheint eine neue hebräische Zeitschrift für Literatur und Kunst.

Politische Chronik.

Reichswirtschaftsrat und die Juden.

Der Reichswirtschaftsrat der tschechoslowakischen Republik tagt seit dem 15. Juni in Prag und bespricht die wichtigen Wirtschaftsfragen. Wir horchen gespannt auf. Endlich kommen Sachverständige, Fachleute zusammen, die vorurteilslos, ohne Parteibrillen, den Tatsachen kühl in die Augen sehen, um dann ebenso kühl und nüchtern, diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die der Reichswirtschaft zugute kommen sollen. Das sollte man meinen. Aber wäre ich besonnen, so hieße ich nicht Tell! Reichswirtschaftsrat. Ein Rat also, oder Räte, der wirtschaftet, bewirtschaftet oder vielleicht verwirtschaftet. Man kann nie wissen, was so ein Wirtschaftsrat tut, denn da ist wirklich ein guter Rat teuer. Das hängt scheinbar auch mit der Teuerung zusammen, und da der „Jud“ an der Teuerung schuld ist, so sind natürlich auch die Juden die Schuldigen, wenn sich der Reichswirtschaftsrat keinen Rat weiß. Und das Schmerzenskind ist die Slowakei. Senator **Zimak** spricht über Aus- und Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus der Slowakei, die enttäuscht hat, weil 66 Prozent des Bodens, ihr meint jüdischer Besitz sei — nein aber Besitz des Adels sei; und nun kommt alles daran. Die Bevölkerung sei unzufrieden, die Beamten wirtschaften nicht, sondern politisieren, die Lehrer unterrichten nicht, sondern agitieren und so könnte man es fortsetzen. Statt daß sich der ganze Wirtschaftsrat an die mehr oder minder gewölbte Brust schlägt und ausruft mea culpa! Mea maxima culpa! bricht er in den gut ziehenden Ruf auf der Jud, der Jud ist schuld, und der Magyarone. Natürlich. Der Vorstand des Ernährungsreferates in Bratislava, Fr. **Borowec** hat es gesagt, und das muß doch wahr sein. Man wisse zwar heute nicht, was man den Leuten im Juli zu essen geben wird. Warum? Weil die Staatsgetreideanstalt kein Geld hatte, vom Finanzminister keines bekommen konnte, bis man von ungarischen Juden Geld bekam. Und jetzt stünde man vor der neuen Ernte, die Parteien können sich darüber nicht einigen, was zu geschehen hätte, die Organisationen könnten nichts mehr einkaufen, weil die Juden schon alles in Händen hätten. Und nun: Der **slowakische** Bauer kann sich an Requisitionen nicht gewöhnen, da er während des Krieges dazu nicht erzogen wurde. Requisitionen hätte erst die tschechische Regierung durchgeführt, das mache böses Blut unter der Landbevölkerung und wenn die Staatsbewirtschaftung im kommenden Jahre nicht besser würde, als bis nun, so könne es unter den Landwirten zu einem blutigen Aufruhr kommen. Also klipp und klar, die Bevölkerung ist mit dem System unzufrieden. Dann müßte doch der Rat den Rat finden, die Bevölkerung zufrieden zu machen. Ganz einfach. Das Problem ist nicht so schwierig. Wenn im alten Rom ein Politiker regieren wollte, so gab er der Bevölkerung Brot und Spiele. Bei uns macht man es auch so — aber statt Brot gibt man nur Spiele. Sokolen bereisen das Land und veranstalten Schauturnen, fahren tagelang in der Hitze mit der tschechoslowakischen Eisenbahn und turnen im Schweiße ihres Angesichtes. Und sind auch nicht zufrieden, weil die fühlen, daß das slowakische Volk noch nicht mit ihnen fühlt. Man kann es immer hören, wenn man diese braven Leute befragt. Sie geben alle zu, daß eine gewisse Spannung in der Slowakei herrscht. Herrschen muß, solange nicht Menschen hinkommen, die mit der Bevölkerung mitfühlen, zu denen die Bevölkerung Zutrauen und Vertrauen hat. Es konnte die Regierung seinerzeit nichts ärgeres machen, als in der katholischen Slowakei die Trennung von Staat und Kirche durchführen wollen. Lasset doch die Slowaken nach ihrer Fasson selig werden, dann werden sie schon zutraulicher; der Agitation gegen die Regierungen wird die Spitze abgebrochen und es werden Wege gefunden, auf denen man sich wird treffen können. Ein Volk, das jahrzehntelang unter fremdem Regime gelebt — aber auch gelitten hat, darf nicht nach derselben Maxime behandelt werden, wie ein einheimisches. Die slowakischen Zeitungen und auch die tschechischen sollten weniger hetzen, aber desto mehr aufklären, weniger Strenge walten lassen, desto mehr Milde, mehr Verständnis zeigen für Freud und Leid' — und auch Bekenntnis eines in seinem Wesen gutmütigen Volkes — dann müßte es gehen, aber das alles geschieht nicht. Dafür will man den Juden hängen. Man entzieht ihm Schanklizenzen, Trafiken, bürdet ihm, nachdem ihn ein Mob geplündert hat — Steuern auf und kommt es dann zur Tagung des Wirtschaftsrates, so beantragt die nationalsozialistische Partei in Hinblick auf die **Sabotage** der Ernährung seitens der magyarischen Magnaten und **jüdischen Pächter**, die Regierung aufzufordern, von allen Grundbesitzern der Slowakei, die mehr als 30 Hektar Besitz haben, ihr vorjähriges Kontingent in natura oder in Geld einzufordern. — Und der slowakische Referent aus Bratislava berichtete, daß die slowakischen Landwirte die Ernährung sabotierten — aber der Jud ist schuld. Und so ein Wirtschaftsrat soll dann ernst genommen werden?

Mr. Ornsby Gore über die Lage.

Mr. Ornsby **Gore** hielt in einer Massenversammlung in London eine Rede, in der er erklärte, daß die antijüdischen Exzesse in Palästina gleichzeitig antibritischer Natur seien. Die gegenwärtige Lage sei sehr ernst, aber man müsse ein engeres Zusammenarbeiten der Araber mit den Juden ermöglichen. Er selbst unterstütze den Zionismus, weil die Juden das Volk der Bibel und die Engländer ein die Bibel liebendes Volk seien.

Eine arabische Delegation nach England.

Unter Führung **Massab Kasim Prascha Husseins** begibt sich eine arabische Delegation nach England, um die englische Oeffentlichkeit über die arabischen Forderungen zu informieren.

Neue Ausschreitungen.

Am 12. Juni kam es in Jaffa zu neuen arabischen Ausschreitungen gegen die Juden, wobei ein Araber und zwei Juden getötet wurden und 4 Juden schwere Verletzungen erlitten.

Protestversammlung.

In einer Jerusalemer Versammlung traten Dr. **Klausner**, Dr. **Hugo Bergmann** und andere als Redner auf, die die Rede des Oberkommissärs vom 3. Juni stark kritisierten, gegen die Knebelung der hebräischen Presse protestierten und sich gegen die allzu harte Pressezensur verwahrten. Ben Zwi und Dr. **Bergmann** verlangen eine völlige und vorbehaltlose Verständigung mit der einheimischen arabischen Bevölkerung.

Erez Israel.

Wirtschaftliches.

Interessennahme eines Berliner Exportkonzerns an Palästina.

Die Orienthandelsfirma „Standard Bau- und Industriebedarf G. m. b. H.“ in Berlin, welche spezielle Handelsbeziehungen mit Palästina und Nachbarländern unterhält und in jüngster Zeit verschiedene industrielle Ausrüstungen für Palästina beschaffte, hat sich dem bekannten Berliner Exportkonzern Hecht, Pfeiffer und Komp. angeschlossen. Der Anschluß bezweckt den Ausbau des bisherigen Geschäfts, die Möglichkeit der Vorbereitung und Durchführung auch größerer wirtschaftlicher Unternehmungen namentlich in Palästina und Nachbarländern. Die Inhaber der „Standard“ sind zwei aus dem Orient stammende Zionisten, darunter ein Palästinenser.

Schiffsverkehr Rumänien-Palästina.

Eine rumänische Schiffahrtsgesellschaft eröffnete in Jaffa eine Filiale unter Leitung eines

rumänischen Zionisten. Es soll ein direkter Verkehr Galatz-Jaffa via Konstantinopel eingerichtet werden mit einer Zeitdauer von 5 bis 6 Tagen. Für südrussische und rumänische Reisende entfällt dadurch die Notwendigkeit der Bahnfahrt nach Konstantinopel.

Die Arbeiterbank genehmigt.

Wie aus Jerusalem gemeldet wird, hat die palästinensische Regierung das Statut der neuen Arbeiterbank genehmigt.

Kulturelles.

Abraham Ludwipol gestorben.

In den ersten Maitagen starb in Jaffa im Alter von 60 Jahren der bekannte hebräische Journalist Abraham Ludwipol. Bereits vor 30 Jahren besuchte er Palästina und veröffentlichte seine Reiseeindrücke, die auf die jüdischen Leser seinerzeit großen Eindruck machten. Vor 15 Jahren war er Redakteur der hebräischen Tageszeitung „Hazofeh" in Warschau, die als die bestgeleitete hebräische Zeitung gilt. Er übersetzte auch mehrere wissenschaftliche Werke ins Hebräische, wie „Die Geschichte der Orientvölker" von Maspero. Vor mehreren Jahren übersiedelte er nach Palästina. Er ließ sich in Tel-Awiw nieder und gewann bald einen großen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten. Er bekleidete mehrere Aemter in Tel-Awiw, und zwar war er Abgeordneter der Städte Tel-Awiw und Jaffa, Mitglied des Aufsichtsrates des Gymnasiums, Friedensrichter usw.

Offizieller Teil.

An alle Ortsgruppen und Vertrauensmänner des zionistischen Distriktskomitees für Mähren und Schlesien.

Die Frist für die Abrechnung der Schekelblocks ist am 15. Juni abgelaufen. Wir ersuchen alle Vertrauensmänner und Ortsgruppen die verkauften Schekalim sofort zu verrechnen.

Zionistisches Distrikts-Komitee für Mähren und Schlesien.

Aus den Gemeinden

M.-Ostrau

Wählerlisten!

Da in der aufliegenden ständigen Wählerliste sehr viele Wähler fehlen, erscheint es dringend notwendig, daß alle jüdischen Wähler und Wählerinnen in die Liste Einsicht nehmen. Die Liste liegt im Zimmer Nr. 14 1. Stock des Rathauses auf.

*

Die letzte Komiteesitzung für das am 29. d. M. in den Anlagen der neuen Schießstätte, zu Gunsten des jüd. Nationalfonds veranstaltete Gartenkonzert, findet Mittwoch, den 22. d. M. 8 Uhr abends, im Sitzungssaale der Israelitischen Kultusgemeinde statt. Vollzähliges u. pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

Gräfenberg.

Ing. Rudi Sternlicht gestorben. Am 16. d. M. ist in Gräfenberg unser Gesinnungsgenosse, Herr Ing. Rudi Sternlicht, A. H. der jüd.-akad. Verbindungen „Barissia" in Prag und „Unitas" in Wien nach langem, schweren Leiden gestorben. Sternlicht war in der zionistischen Bewegung eine sehr bekannte Persönlichkeit und hat namentlich in jüngeren Jahren vor seiner schweren Erkrankung in selbstloser und aufopferndster Weise wertvolle Pionierarbeit geleistet. Im Jahre 1903 war er in Prag Mitgründer der ersten zionistischen Verbindung, der „Barissia", wo er durch viele Semester die zionistischen Seminare leitete und der geistigen Ausbildung der Mitglieder sein besonderes Augenmerk zuwendete. Damals war er auch unermüdlich in der Prager Parteileitung tätig, die ihm viele, wertvolle Anregungen verdankt. Nach Wien übersiedelt, nahm er auch dort an den Entscheidungen der Partei regen und aktiven Anteil, bis ihn sein schweres Augenleiden immer mehr zur Zurückgezogenheit verurteilte. Wenige Jahre vor Kriegsausbruch ging er als Chemiker nach Madagaskar und kehrte während des Krieges, nachdem er die wechselvollen Schicksale der Internierung durchgemacht hatte, wieder nach Wien zurück. Mit Rudi Sternlicht ist ein lieber, guter und charaktervoller Mensch dahingegangen, der überall nur Freunde und Anhänger hatte. Ein ehrendes Andenken bei allen jenen, die ihn gekannt und mit ihm verkehrt haben, ist ihm gewiß. Die Beerdigung fand Sonntag nachmittags um 3 Uhr in Freiwaldau statt. Vertreter seiner Verbindungen gaben ihm neben vielen anderen Trauergästen das letzte Geleite.

Bisenz.

Am 29. Juni um 3 Uhr nachmittags findet die konstituierende Generalversammlung des jüdischen Volksvereines Zion in Bisenz statt, bei welcher Gelegenheit Herr Prof. Alfred Engl aus Prag derzeit Mähr.-Weißkirchen über das Tema: Der Zionismus als Idee und Wirklichkeit sprechen wird. Gäste herzlich willkommen.

Ungarisch-Brod.

Schwuot im Tempel. — Predigt. — Auf der Kanzel Sr. Ehrwürden Herr Dr. Hallman Nürnberger. — Tagesordnung: Sinai, Offenbarung, Gesetzgebung. Die plötzliche Aenderung im Tonfalle und Gesichte des Sprechenden deuten auf den nahen Höhepunkt seiner Betrachtungen hin. Unwillkürlich horchst, Du, teilnahmsloser Zuhörer, auf — Dich bewegt so vieles seit den nahen Tagen, ja ein Schrei schmerzhaften Entsetzens und bitterster Selbstanklage durch die jüdische Welt erbrauste, Dich verstört das niederschmetternde Schicksal derer, die im Kampfe für uns ihr Blut, ihr Leben lassen mußten. Ukraine! Jaffa!.. Und Ihr Alten, die Ihr im Vergleiche zu jenen, ganz ungefährdet, beinahe sorglos in den Tag lebet, Ihr, die Ihr doch letzten Endes an allem schuld seid, Ihr führet noch immer das Lächeln des Nichtverstehen-Wollens, in Eueren Zügen, als ob das Leiden derer nicht Euer Leid, das Blut derer nicht Euer Blut wäre. Oh, erstünde uns doch ein Jeremias, damit er Euch doch die Augen öffne und Euch sehend mache, vor dem Abgrunde, der uns zu verschlingen droht. In Gedanken versunken, schrickst Du, Zuhörer, vor unserem Geiste, empor. Denn ein Angriff ist der Gipfelpunkt der Festpredigt, ein Angriff auf uns Handvoll Blau-Weiße, auf unsere Ehre und Aufrichtigkeit — von Jenen ausgehend, die das Ziel des Lebens gegen den Zweck verschachert haben. Ganz „frei von allem Zweifel", sagte es Sr. Ehrwürden, daß für uns Blau-Weiße die Unantastbarkeit der Ehre des jüdischen Mädchens nichts gelte. Wir wollen den Skandal nicht in die nichtjüdische Oeffentlichkeit tragen, wir überlassen es vielmehr dem Urteilsspruche der Aufrichtigen, daß Sie, Herr Doktor, ohne Rücksicht einer Tatsache oder auch nur Andeutung (wie sie ja später zugaben) auf das böswilligste, verlogenste Gerede hin, in Unkenntnis des Lebens und des Geistes unserer Jugendbewegung auf Grund einer äußeren Formation des Zusammenseins — des Wanderns — an die versammelte Gemeinde so scharfe Worte fallen lassen konnten. Groß war Ihr Triumph, wie es auch in der Kille nicht anders sein konnte, doch illustriert den Wert einer Predigt wohl am besten der Ausspruch in dem alle Erzählungen, Parallelen und Lehren von etwa 99.5 Prozent aller Zuhörer zusammengefaßt wurden: Jinglach und Madlach ham nix zusamm zu wandern.

Wucherbestrafungen.

In der ersten Hälfte des Monates Juni 1921 wurden bei den Gerichten im Sprengel der Staatsanwaltschaft Mähr.-Ostrau wegen Vergehens des Kettenhandels 2 Personen u. zw. jede zum strengen Arreste in der Dauer von 6 Monaten und zu je 10.000 Kronen Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit zu weiteren 10 Tagen strengen Arrestes und wegen Uebertretung der Preistreiberei 1 Person zum strengen Arreste in der Dauer von 14 Tagen verurteilt.

Bei allen wurde der Verlust des Wahlrechtes und Wählbarkeit ausgesprochen.

Es wurde mit Rauchwaren Wucher getrieben.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stelle, Oberfurt